

Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm 2017 Ostdeutschland

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen reicht die folgenden Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm an den Bundesparteitag ein.

Hinweis: Dieser Vorschläge wurden im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN erarbeitet.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Änderungsanträge beschlossen. Abstimmungsergebnis siehe bei den Einzelnen Änderungsanträgen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

- a) In Zeile 2023 nach dem Wort „Wachstumsregionen“: „in Deutschland insgesamt“
Begründung: Die Einfügung hat redaktionelle Gründe, sie dient der Herstellung größerer Texteindeutigkeit.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele
Einreichung beschlossen

Nein: 0

Enthaltung: 1

- b) In Zeile 2031 kommt das Wort „Regionen“ in einer Aufzählung zweimal vor. Die zweite Nennung durch „Kommunen“ ersetzen.
Begründung: sprachlich richtiger und inhaltlich vollständiger.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele
Einreichung beschlossen.

Nein: 0

Enthaltung: 2

- c) In Zeile 2047/48 findest sich eine Formulierung: „die auf Deindustrialisierung gesetzt hat.“ Diese Formulierung ist zu ersetzen durch „die Deindustrialisierung bewusst in Kauf nahm“.
Begründung: die vorgeschlagene Version ist als Kritik schwerwiegend genug, sie vermeidet aber die Aufstellung von schwer beweisbaren Behauptungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele
Einreichung beschlossen.

Nein:

Enthaltung: 2

- d) In Zeile 2057/58 befindet sich der Satz „Geht es nach der jetzigen Bundesregierung Rückläufig sein.“ Dieser Satz ist zu streichen.
Begründung: Er ist eine reine Tatsachenaussage, die mithin nicht als programmatischer Satz beschlossen werden muss. Dass Strukturprogramme nach wie vor erforderlich sind, geht aus den vorhergehenden und nachfolgenden Betrachtungen ebenso wie aus der Forderung nach einem Solidarpakt III hervor.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7
Einreichung beschlossen.

Nein: 1

Enthaltung: 3

- e) In Zeile 2065: Ersetzung von „abgeschlossen“ durch „erreicht“.
Begründung: das ist die zutreffendere Formulierung. Ziele schließt man nicht ab, sondern man erreicht sie.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele

Nein: 0

Enthaltung: 2

Einreichung beschlossen.

f) In Zeile 2067/68: Streichung des Satzes „Die Löhne und Gehälter...“.

Begründung: Der Satz ist bei aller Richtigkeit eine Wiederholung und erzeugt daher Redundanz.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele

Nein: 0

Enthaltung: 1

Einreichung beschlossen.

g) In Zeile 2079 soll nach „Zukunft“ ein weiterer Satz eingefügt werden: „Wir wollen Tradition, Vielfalt und Unterschiede in diesem Sinn nicht nivellieren – Benachteiligungen wegen Herkunft oder Wohnort gehören aber abgeschafft.“

Begründung: Es ist sinnvoll, auf unterschiedliche Aspekte von „Unterschied“ hinzuweisen.

Unterschiede können bereichernd sein, sie können aber als vorgeblicher Grund für Diskriminierungen dienen. Wir wollen nicht Unterschiede als solche abschaffen, sondern Diskriminierungen, Benachteiligungen etc.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele

Nein: 0

Enthaltung: 1

Einreichung beschlossen.

h) In Zeile 2082/83 heißt es: "Die Menschen brauchen eine engagierte, aktive Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse" Da ist zu ergänzen durch: „Dazu gehören auch die Fortführung und Stärkung positiver Aspekte der Erfahrungsumbrüche aus den letzten Jahrzehnten. Es gilt, die eigenverantwortlichen Erfolge in der Erhaltung und im Ausbau bewährter sozialer Strukturen und Kompetenzen vor Ort zu nutzen, um in Ostdeutschland Perspektiven für gewachsene Lebensqualität aufzuzeigen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: viele

Nein: 0

Enthaltung: 3

Einreichung beschlossen.

i) Zeile 2126: „Vielen Frauen ist es selbstverständlich, sich nicht zwischen Kindern und Beruf entscheiden zu müssen.“ ersetzen durch „Viele Frauen empfinden es als selbstverständlich, ...“

Begründung: Subjektivität wird stärker betont.

Abstimmungsergebnis:

Ja: Viele

Nein: 0

Enthaltung: 3

Einreichung beschlossen
